

VU-Parteivorstand: 13. AHV-Rente darf nicht angetastet werden

Der VU-Parteivorstand bekräftigte am Montagabend im Rahmen der Diskussion über die Neuregelung des Staatsbeitrags an die AHV, dass eine Abschaffung oder Reduzierung des Weihnachtsgeldes für die VU keinesfalls infrage kommt.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Nachdem die Mitglieder des VU-Parteivorstands am Montagabend im «Löwen» in Vaduz mit einer deutlichen Mehrheit von 78 Prozent die Ja-Parole zum Partnerschaftsgesetz beschlossen hatten, stellte Sozialministerin Renate Müssner die Pläne der Regierung zur Neuregelung des an die AHV ausgerichteten Staatsbeitrags sowie die Massnahmen zur finanziellen Sicherung der AHV vor.

Fixer Staatsbeitrag von 50 Millionen
Der Staatsbeitrag soll ab dem Jahr 2015 auf 50 Mio. Franken fixiert werden, was für den Staat eine Einsparung in der Grössenordnung von 15 Mio. Franken zur Folge haben wird. In den darauffolgenden Jahren erhöhen sich die Einsparungen für den Staat aufgrund der zu erwartenden steigenden Ausgaben der AHV. Im Jahr 2020 beläuft sich die Einsparung für den Staat auf 27 Mio. Franken. Diese Mittel wiederum werden der AHV als Einnahmen fehlen. Deshalb sind nach den Ausführungen von Sozialministerin Renate Müssner Massnahmen zu lancieren, welche diese Mindereinnahmen aufgrund der Fixierung des Staatsbeitrags teilweise kompensieren.



Berichtete über die Zukunft der AHV und den Spitalneubau: Regierungsrätin Renate Müssner neben Altlandtagsvizepräsident Ivo Klein. Bilder Daniel Schwendener

So sollen versicherungsmathematisch berechnete Kürzungssätze beim Rentenvorbezug eingeführt werden. Wer heute zum Beispiel mit 60 Jahren in Frühpension geht, muss mit einem Kürzungssatz von 16,5 Prozent rechnen. Neu soll sich dann dieser Kürzungssatz auf 19,5 Prozent belaufen. Weiter sollen die Renten auf Grundlage des Preisindex anstelle des Mischindex (Lohn- und Preisindex) angepasst werden. Darüber hinaus sollen die Beitragssätze für Arbeitgebende und Selbstständigerwerbende angehoben sowie der Beitragssatz bei der Familienausgleichskasse für dieselbe Zielgruppe reduziert werden. Die im Vernehmlassungsentwurf angedachte Verwendung des Weihnachtsgeldes als «Ausgabenbremse»

kommt für die Mitglieder des VU-Parteivorstandes auf keinen Fall infrage.

Spitalkreditvorlage im Juni-Landtag

Über die Ergebnisse des Gesprächs zwischen der grenzüberschreitenden Parlamentariergruppe und der St. Galler Regierung sowie der liechtensteinischen Regierung zur vertieften Spitalkooperation konnte Regierungsrätin Renate Müssner keine Auskunft geben, da Stillschweigen vereinbart worden sei. Zuerst sollen alle betroffenen Fraktionen darüber informiert werden. Die VU-Abgeordnete Doris Beck erklärte zum weiteren Vorgehen in der Debatte zum Spitalneubau, dass der Landtagspräsident inzwischen einen von 13 Abgeordneten unterzeichneten Brief erhalten habe, worin das Landtagsbüro



Informierte über weitere bildungspolitische Schritte: Regierungsrat Hugo Quaderer (Mitte) zwischen Vizeparteipräsident Ossi Oehri und Diana Hilti.

ersucht werde, den Bericht und Antrag über den Verpflichtungskredit von 83 Mio. Franken für den Spitalneubau für die Juni-Sitzung zu traktandieren. VU-Parteipräsident Adolf Heeb ergänzte, dass die Traktandierung der Kreditvorlage für die Juni-Sitzung auch dem Fahrplan entspreche, auf den sich der Koalitionsausschuss von VU und FBP verständigt habe.

Wie weiter in der Bildungspolitik?

Mit Spannung erwartet werden darf das heutige Mediengespräch der Regierung, Bildungsminister Hugo Quaderer wird die Öffentlichkeit über den Inhalt der gestern von der Regierung zuhanden des Landtags verabschiedeten Teilrevision des Schulgesetzes informieren. Wie Hugo Quaderer anläss-

lich der Sitzung des VU-Parteivorstandes ausführte, sei der Anlass dieser Schulgesetzesrevision beispielsweise die gesetzliche Verankerung der Sportschule oder eine Standortbestimmung auf der 8. Schulstufe. Des Weiteren berichtete der Bildungsminister über die bauliche Entwicklung an den verschiedenen Schulstandorten.

S-Bahn-Projekt im Fokus

Ein zentraler Bestandteil des Liechtensteinischen Mobilitätskonzeptes 2015 bildet das S-Bahn-Projekt FL.A.CH. Wie VU-Parteipräsident Adolf Heeb ankündigte, behandelt die VU dieses Thema derzeit in einer internen Arbeitsgruppe. Der Parteivorstand soll frühzeitig in die Diskussion miteinbezogen werden.